

Bericht zur Veranstaltung mit J. Daize von Hans-Hermann Bohrer und Peter Schwarz

Informationen aus erster Hand bot ein Vortrag des Fotografen Jérôme Daize (Paris) zu den Protesten der Gelbwesten (Gilets jaunes) in der französischen Hauptstadt.

In den letzten 5 Monaten hat Jérôme Daize fast alle Gelbwesten-Demonstrationen in Paris begleitet. Er präsentierte am 7. April 2019 in der Kulturwerkstatt Beckingen im Rahmen einer Matinee eine Auswahl seiner Fotos und schilderte anschaulich das Aufbegehren der französischen Volksbewegung gegen Präsident Macron.

„Wir lassen uns das nicht mehr gefallen! Wir lehnen uns gegen das teure Leben, soziale Unsicherheit und das Elend auf. Wir wollen mit unseren Angehörigen, unseren Familien und Kinder in Würde leben können...“.

Begonnen hatte alles am 17. November mit landesweiten Blockaden von Straßen und Kreisverkehren, die sich zunächst gegen eine Erhöhung der Steuern auf Benzin und Diesel richteten. Die ersten Demonstranten in Paris seien aus den Regionen gekommen, mit Bussen oder in Fahrgemeinschaften. Erst danach habe sich auch die Bevölkerung aus Paris selbst an den Protesten beteiligt. Demonstriert werde in Paris vorzugsweise in den reichen Vierteln, die Strecken erreichten respektable 10 bis 12 km. Bereits Ende November 2018 gab es einen Forderungskatalog von 42 Punkten, darunter die Forderung nach Volksentscheiden auf Basis von Bürgerbegehren (RIC, référendum d'initiative citoyenne).

Die Proteste in Frankreich hätten die systematisch betriebene Entpolitisierung der Bevölkerung bereits teilweise überwunden. Sie erreichten auch Menschen, die vorher noch nie auf einer Demo waren. Auf der Basis radikaldemokratischer Ansätze werden Konzepte einer Demokratisierung der französischen Gesellschaft diskutiert. Dazu seien an diesem Wochenende 300 Delegationen aus ganz Frankreich in Saint-Nazaire zusammengekommen.

Jérôme Daize beantwortete viele Fragen, unter anderem ging es um die 73-jährige Aktivistin von ATTAC Nizza, Geneviève Legay. Sie erlitt schwere Verletzungen (mehrere Schädelbrüche und Blutungen unter der Schädeldecke). Die Frau war infolge eines Polizeieinsatzes gegen protestierende "Gelbwesten" in Nizza gestürzt und liegt nach wie vor im Krankenhaus. Der Polizeieinsatz sei "sehr gewalttätig" gewesen, sagte ihr Anwalt Arié Alimi. Eine völlig unbeteiligte 80-jährige Frau aus Algerien, die sich zur medizinischen Behandlung in Marseille aufhielt, wurde am Balkon ihrer Wohnung von einer Tränengasgranate getroffen und tödlich verletzt. Eindrucksvoll und symbolträchtig war ein Foto, auf dem am Sitz der Nationalversammlung Tränengasgranaten aus verschiedenen Richtungen durch die Luft flogen.

Ebenfalls wurde wegen der Tränengasabwehr über eine "Schutzausrüstung" gesprochen. Die Polizei setzt gegen die Demonstranten neben Wasserwerfern, Gummigeschossen (Flash-ball, LBD) und Blendgranaten großflächig Tränengas ein. Zum Schutz der Augen ist es ein Muss, bestimmte Utensilien mitzuführen, diese sind eine handelsübliche Taucherbrille, ein Schal als Mund- und Nasenschutz und Kochsalzlösung zur Augenspülung. Die Polizei kontrollierte in einigen Bezirken stichprobenartig Passanten, es wurden neuerdings Menschen angezeigt, die solchen Abwehrschutz mit sich führten. Die gesetzliche Grundlage („Vermummungsverbot“) schuf das Parlament mittels einer Verschärfung des Demonstrationsrechts, wodurch neuerdings auch die Präfekten (Verwaltungschefs der Départements) ohne richterliche Grundlage Demos verbieten können. Generell reagiere die Polizei unberechenbar, die Lage könne sich trotz friedlichem Eindruck sehr schnell ändern, der Grund für Verhaftungen bleibe oft unklar. Es sei bislang nicht verboten, Einsätze der Polizeikräfte zu fotografieren, dennoch sei auch er bereits einmal gezielt mit dem Wasserwerfer angegriffen worden. Neben den uniformierten Einheiten von Gendarmerie und Police nationale agierten als dritte Polizeieinheit, speziell im Pariser Großraum, die in der Regel in Zivil auftretenden Brigades anti-criminelles, die

mit Rechtsstaatlichkeit und den Einsatzregeln locker umgingen und die man als Demonstrant meiden sollte. Andererseits zeigten die Bilder auch Szenen, wo bei den Demos musiziert wurde und eine lockere Stimmung herrschte.

Bei den „Gelbwesten“-Protesten darf die französische Polizei umstrittene Gummigeschosse, die oben erwähnten Flash-balls, einsetzen. Eine Beschwerde der Menschenrechtsliga hatte die Waffen als "gefährlich" bezeichnet. Kritiker veröffentlichten in den sozialen Netzwerken zahlreiche Bilder von Demonstranten mit schweren Augenverletzungen bzw. Augenverlust oder Platzwunden am Kopf. Bisher wurden 22 Menschen an den Augen durch Gummigeschosse verletzt, hinzu kommen fünf Personen, die durch Tränengas- bzw. Blendgranaten eine Hand verloren haben. Auf dem Rücken einer Warnweste wurde deshalb eine "Marianne" aufgemalt, die auf diese Weise ein Auge verloren hat. Die Einsatzregeln verbieten ein Zielen auf Kopf und Geschlechtsorgane, aber werden offenbar missachtet. Die Aufschriften auf den Westen symbolisieren den Unmut der Bürger, weshalb demonstriert wird und gegen wen sich der Protest richtet. Das ist in erster Linie der Präsident, der sich durch seine hochmütige Art im Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern viele Feinde gemacht hat. Jérôme Daize erinnerte an den Fall eines arbeitslosen Gärtners, der Macron wegen Arbeit angesprochen hatte und zur Antwort erhielt, er brauche doch nur über die Straße zu gehen, dann werde er schon was finden, z.B. als Kellner. Seine arrogante Haltung der protestierenden Bevölkerung gegenüber zeigte sich beispielhaft im erwähnten Fall der schwer verletzten Aktivistin Legay, als Macron kommentierte, dieser Vorfall werde sie hoffentlich lehren, sich zu benehmen. Jérôme Daize berichtete zudem, dass zeitweise im Hof des Präsidentenpalastes ein Hubschrauber bereitgestanden habe, um Macron auszufliegen, sollte sich die Lage in Paris zuspitzen. Dies erinnert an die Flucht des Präsidenten de Gaulle zu den französischen Truppen nach Baden-Baden auf dem Höhepunkt der Pariser Maiunruhen 1968.

Trotz der gegenüber den Gilets jaunes regelmäßig negativ eingestellten Medien macht die Bewegung jeden Samstag weiter. Und naturgemäß werden mit der Jahreszeit die Rahmenbedingungen für Straßenprotest besser. Verleumdungen verschiedener Art wurden der Bewegung entgegengehalten, sie sei von rechts unterwandert oder gar generell rechts eingestellt, sie sei homophob und antisemitisch und es kämen kaum noch Leute zu ihren Protesten. Die Bilder aus Paris sprechen da eine andere Sprache. Und bezüglich der Forderungen, die viele Demonstranten auf den Rücken ihrer Westen geschrieben haben, ergibt sich ein Bild, das ein würdiges Leben für diejenigen fordert, die schon vor dem Ende des Monats kein Geld mehr haben, die auf funktionierende soziale Dienste und Daseinsvorsorge angewiesen sind und die nicht länger auf dem flachen Land abgehängt werden wollen.

In der Diskussion ging es auch um die Frage, wie sich die Gewerkschaften und die Parteien des linken Spektrums zu den Gilets jaunes stellen. Jérôme Daize verwies darauf, dass die Gewerkschaftsproteste gegen Macrons Verschärfung des Arbeitsrechts und auch gegen seine Bahnreform letztlich nichts gebracht hätten, dass aber bereits am 10. Dezember, also keine drei Wochen nach Beginn ihrer Proteste, Macron den Gilets jaunes Zugeständnisse machte, die mit rund 1,5 Milliarden Euro an Kosten für den Staat bewertet werden. Und dass die Gewerkschaften es jahrzehntelang nicht gewagt hätten, auf der Prachtstraße Champs-Élysées in Paris zu demonstrieren, die Gelbwesten dies aber einfach machten, ohne nach einer Genehmigung zu fragen. Eine Annäherung seitens der Gewerkschaften sieht er nicht, ebensowenig seitens der linken Parteien. Dem wurde entgegengehalten, dass immerhin Mélenchons Bewegung La France insoumise die Forderung nach Volksentscheiden (RIC) durch eine parlamentarische Initiative unterstützt hat. Es stehen sieben Parteien aus dem linken Spektrum bei der Europawahl im Mai zur Wahl, deren Ergebnis schätzte Daize auf zusammen 10 Prozent ein. Und Macrons

Parlamentarier von En Marche? Die seien dazu verdonnert, Gesetzentwürfe im Sinne ihres Präsidenten keinesfalls abzulehnen, sie dürften sich allerhöchstens der Stimme enthalten.

Auf die Frage, was denn das Regierungslager den Protestierenden weiter anbieten wolle, verweis Jérôme Daize darauf, dass am 8. April der Premierminister die Ergebnisse der von Macron initiierten „Großen Debatte“ verkünden wolle. Die Gilets jaunes bewerten diese als eine Schauveranstaltung, da nicht mit den Bürgern und Bürgerinnen, sondern mit Funktionären auf Departementsebene und mit Bürgermeistern gesprochen wurde. Darüber hinaus möchte Macron das Parlament auf 400 Sitze verkleinern und wolle die Verteilung von staatlichen Geldern regionalisieren, statt alles von Paris aus zu regeln. Man kann sagen: Es bleibt spannend.

Bilder: @Jérôme Daize (Paris)